

Das Monopol der „Agrumaria“.

Das Klasseninteresse der Händler, gepaart mit demagogischer Streberei unverantwortlicher Politiker, führt einen Kampf gegen die staatliche Bewirtschaftung und für den freien Handel. Diese Agitation hat die öffentliche Meinung verwirrt und die staatlichen Behörden völlig unsicher gemacht. Diese Unsicherheit versuchen nun kapitalistische Kreise auszunutzen, um sich die Not der Massen zunutze zu machen und Ordnungen ins Leben zu rufen, welche für die Versorgung des ganzen Volkes während der Kriegs- und Uebergangszeit verhängnisvoll werden können. Die Haupthefte hat sich gegen die Geos gerichtet, die als eine verspätete, dann überstürzte Improvisation natürlich zahlreiche Fehler begehen mußte. Die meisten Fehler, die ihre Verwaltung gezeitigt hat, stammen indessen nicht aus ihrer behördlichen Natur, sondern geradezu aus der Einschaltung der Kaufleute und anderer kapitalistischen Gruppen, deren Profitinteresse und deren Sonderbestrebungen die Gemeinnützigkeit dieser Einrichtung in weitem Maße beeinträchtigt haben. Von den zwei Bestandteilen dieser verstaatlichten Syndikate fällt die Schuld mehr auf die Syndikate als auf den Staat. Eingeschüchtert durch den aufdringlichen Lärm der Kritiker, scheint nun das Ernährungsamt die Segel streichen und wichtige Zweige des Ernährungswesens ganz der kapitalistischen Spekulation ausliefern zu wollen. Das muß man annehmen, wenn man hört, welche Regelung in Bezug auf die Obst- und Gemüsezufuhr aus Ungarn und aus der Uebersee zurzeit erdriert wird.

Es besteht schon seit Friedenszeiten her eine Aktiengesellschaft „Agrumaria“, hinter der die „Austro-Americana“ und die „Adria“-Schiffahrtsgesellschaft, das heißt die Firma Cosulich stehen sollen. Diese Aktiengesellschaft strebt ganz oder wenigstens zum Teil das Monopol der Ausfuhr aus Ungarn und der Einfuhr zu Schiff auf der Adria sowie das Monopol der Versorgung Wiens mit Südfrüchten, Gemüse und Obst an. Zu diesem Zwecke soll sie erweitert oder soll eine Tochtergesellschaft gegründet werden, in der die „Agrumaria“ vorweg den beherrschenden Einfluß haben, die Großhändler, die Konsumentenorganisationen und die Klein Händler als Minderheit vertreten sein sollen. Ein solches Unternehmen würde natürlich die Geos wesentlich entlasten, aber zugleich den Konsum der Reichshauptstadt unter das unerträgliche Monopol einer einzigen kapitalistischen Gesellschaft stellen, deren Unternehmerinteresse kaum in wirksamer Weise durch die bescheidene Mitarbeit einer Minderheit von Konsumentenorganisationen im Raume gehalten werden könnte. Die Tatsache, daß eine solche Aktiengesellschaft ja auch einen Regierungskommissär besäße, gibt gegen das Ueberwuchern des kapitalistischen Ausbeutungsinteresses nicht die geringste Gewähr. Man weiß, wie undurchsichtig die Geschäftsgebarung solcher Gesellschaften ist und wie sehr sich das, worauf es ankommt, dem Auge eines selbst geschulten Bürokraten verschleiert. Auch ein Verbot, Dividenden über sechs oder fünf Prozent auszuzahlen, sichert die konsumierende Bevölkerung durchaus nicht vor Schädigungen.

Solchen Plänen werden wir noch öfter begegnen, sie werden aus den wirtschaftlichen Zuständen mit Notwendigkeit geboren. Das Gleichgewicht der Märkte ist gestört, das Angebot an Waren bleibt weit hinter der Nachfrage zurück und also ist die Versuchung unabweislich, das Angebot zu monopolisieren und dadurch Uebergewinne zu erzielen. Diese wirtschaftliche Sachlage kann durch den freien Handel nicht überwunden werden, denn er ist eben der sachgemäße Ausdruck von Angebot und Nachfrage und setzt, wenn er erträglich sein soll, das Gleichgewicht beider voraus. Es bleibt darum gar nichts anderes übrig, als das Angebot zu organisieren. Besorgt das nicht die Staatsgewalt in der staatlichen Bewirtschaftung, so bleibt nur das andere Mittel, nämlich das kapitalistische, das Kartell, der Ring, der Trust. Wer heute gegen die staatliche Bewirtschaftung agitiert, der agitiert zugleich bewußt oder unbewußt für den privaten Trust. Wer behauptet, daß der Staat einen Artikel nicht bewirtschaften kann, dem bleibt nichts übrig, als das private Kartell oder das Zwangssyndikat der Unternehmer einerseits der staatlichen Hoheit und andererseits der Kontrolle der Konsumenten zu unterwerfen. Offenbar sind Gemüse und Obst Waren, die wegen ihrer natürlichen Beschaffenheit einer technisch und kaufmännisch einwandfreien Gebahrung bedürfen. Diese vermag zugestandenemmaßen die Bürokratie nicht zu leisten. So bleibt in diesem Artikel nichts anderes übrig, als sich auf die Mitarbeit der Kaufleute zu stützen; aber wenn die Gemeinnützigkeit ihrer Gebahrung verbürgt werden soll, so muß ihr Betrieb unter direkte staatliche Oberleitung gestellt, der kaufmännische Unternehmer mit der bloßen technischen Durchführung betraut und die Vertretung der Konsumenten zu einer wirksamen Kontrolle berufen werden. Diesen Anforderungen entspricht der geplante Geos-Erlass durchaus nicht. Es ist schon das höchste Maß an Konzession, das man dem Privatkapital einräumen kann, wenn man zugestimmt, daß Aktienbesitz und Verwaltung paritätisch zwischen Unternehmertum und Konsumenten verteilt werden, unter der Voraussetzung natürlich, daß die Leitung einem dem Staate direkt verantwortlichen Organ anvertraut bleibt.

Wir warnen daher das Ernährungsamt, auf derlei Vorschläge einzugehen und eine neue Organisation zu erlauben oder gar zu begünstigen, die in dieser Art durchaus nicht den berechtigten Interessen des Konsums entsprechen kann. Wir erwarten auch von der Gemeindevertretung der Stadt Wien, daß sie einem Experiment entgegentritt, das die ganze Einwohnerschaft der Reichshauptstadt auf Jahre hinaus einer einzigen Gesellschaft ausliefern müßte. Die Last, mit der die ganze Angelegenheit betrieben wird, läßt befürchten, daß man die öffentliche Meinung, die Behörden und nicht zuletzt die Bevölkerung überrumpeln will. Es kann nicht zugegeben werden, daß über so wichtige Volksernährungsinteressen hinter verschlossenen Türen verhandelt und entschieden wird. Zugleich aber muß die Masse der Verbraucher über die letzten wahren Zusammenhänge der gegenwärtigen Agitation aufgeklärt und veranlaßt werden, ihre Interessen selbst zu schützen. Das wäre noch schlimmer, wenn das Zweimillionenvolk Wiens dem nackten Händlerinteresse, sobald es sich nur lärmend vordrängt, blind anhängen wollte.